

Vielfalt statt Einfalt - offen für jede Meinung

	256
Kubi	15.6
Säbi	1.6
Mubi	2.8

UZ

Alma mater Lipsiensis

UNIVERSITÄTSZEITUNG



AUSGABE Sächsische Landesbibliothek
Nr. 25/1995 JUNI 1991
2.9r 2° 459
Leipzig

24. Juni

Aus dem Senat

(UZ) Auf ihrer Sitzung am 11. Juni berieten die Mitglieder des Akademischen Senats der Universität Leipzig vor allem über den vorläufigen Haushalt der Uni für 1991 sowie über einen 1. Entwurf der Habilitationsordnung, die Magisterprüfungsordnung und das graphische Gesicht der Leipziger Universität.

Des Weiteren wurde eine Konzeption für die Schaffung eines Instituts für Angewandte Trainingswissenschaft (IAT) als An-Institut der Universität diskutiert sowie Vorschläge zur Bildung und Zusammensetzung der Personalkommissionen für die Auswertung der Fragebogenaktion des Staatsministeriums unterbreitet.

Aufgaben beraten

(UZ) Das Rektoratskollegium der Universität Leipzig beriet am 12. Juni mit Dekanen, Gründungsdekanen, Gründungsdekanen, Sektions- und Institutsdirektoren sowie Leitern selbständiger Einrichtungen über die Gründung und Arbeit von Personal-Kommissionen (Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften, Medizin und Zentralverwaltung) im Sinne des Hochschulneuerungsgesetzes, das Immatrulationsverfahren für das Studienjahr 1991/92, die Einstufung nach BAT-O, die Reform der Uni-Zentralverwaltung sowie den Haushalt 1991 und die Bewirtschaftung der Mittel.

Erbpflege

(UZ) Der Akademische Senat der Universität Leipzig beschloß am 11. Juni, daß sich unsere Universität an der zu etablierenden Ephraim-Carlebach-Stiftung beteiligt, die sich der Pflege und Bewahrung jüdischen Erbes in Leipzig widmen wird.

Dr. Ephraim Carlebach, der seit 1901 bis kurz vor seinem Tode 1936 in Leipzig wirkte, war Gründer und jahrzehntelanger Leiter der jüdischen Schule in Leipzig, die später seinen Namen trug, und hochgeachteter Gemeinde-Rabbiner der Leipziger Juden.

Mit der Beteiligung an der geplanten Stiftung will die Universität Leipzig das Wirken der jüdischen Menschen würdigen, das untrennbar mit der Entwicklung der sächsischen Metropole als Kultur- und Kunststadt sowie als bedeutendes Zentrum der Wissenschaft und Wirtschaft verbunden ist.

Konzertreise

(UZ-Korr.) Seine erste Konzertreise nach Frankreich hat das Akademische Orchester der Universität Leipzig unter Leitung von Horst Förster erfolgreich abgeschlossen.

In der Basilika von Brioude und in der Kirche von St. Laurent in Le Puy erklangen in drei Konzerten vor über 3000 Zuhörern Werke von Wolfgang Amadeus Mozart: im ersten Teil die „Linzer Sinfonie“ und als Abschluß das Requiem, gemeinsam mit französischen Solisten und dem Chor von „ars musica“.

Gegenwärtig laufen letzte Vorbereitungen für die 6. Akademischen Konzerte der neuen Spielzeit 1991/92 wiederum im Großen Saal des Gewandhauses. Ein attraktiver und vielseitiger Konzertplan wurde zusammengestellt; namhafte Interpreten und vielversprechende Nachwuchskünstler werden als Solisten erwartet.

Anrechnungsbestellungen nimmt das Orchestersekretariat unter Tel. 31 20 04 noch bis zum 15. Juli 1991 entgegen.

Tschernobyl-Spende

(UZ-Korr.) 8837 DM waren das Ergebnis des Spendenaufrufes der Medizinischen Akademie Erfurt an alle deutschen Hochschulen zur Hilfe für die hungernden Menschen in der UdSSR. Die Erfurter werden diese Gelder den Kindern von Tschernobyl zukommen lassen.

Eine Spende neuer Computer an Uni Leipzig

(P. I./R. PF.) Im Rahmen einer von der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung Bonn initiierten Aktion für Informatikstudiengänge an Universitäten und Hochschulen in den neuen Bundesländern stellte die Firma Hewlett-Packard (HP) der Universität Leipzig am 31. Januar 1991 vier Workstations HP 9000/345 mit jeweils einem X-Terminal, einer 664 MB-Festplatte und einem Laser Jet III im Wert von ca. 250 000,- DM als Spende zur Verfügung.

In Anwesenheit von Herrn Klaus Stamer, Vertriebsdirektor Nord-Ost der Firma Hewlett-Packard, Herrn Nicola Glowinski, Verkaufsleiter der Geschäftsstelle Leipzig, Herrn Michael

Meyer, Vertriebsbeauftragter der Geschäftsstelle Leipzig, des Rektors der Universität Leipzig, Prof. Dr. sc. Cornelius Weiss und des amtierenden Direktors der Sektion Informatik, Prof. Dr. Hans-Joachim Köhler wurde diese Workstations am 11. Juni der Leipziger Universität zur Nutzung übergeben (Foto unten).

Die Workstations mit den X-Terminals werden vor allem für die Ausbildung von Studenten in Angewandter Informatik genutzt. Anspruchsvolle Aufgaben im Grafikbereich und der Einsatz objektorientierter Sprachen, bilden dabei die Ausbildungsschwerpunkte ebenso, wie die Programmierung in der Programmiersprache FORTRAN.



Mediziner protestieren gegen Abberufung

Befürchtung vor Aschenputtelprinzip: Alle in einen Topf?

(UZ) Mit der Bitte um Veröffentlichung wurde UZ eine Erklärung des Dekans der Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. med. habil. Geiler, und des Prorektors für Medizin der Universität Leipzig, Prof. Dr. med. habil. Leutert, übermittelt, die im Rahmen einer Hochschullehrerversammlung vorgetragen und die Zustimmung von 76 Hochschullehrern, dokumentiert durch Unterschrift, gefunden hat.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Mit Betroffenheit haben durch die Vergangenheit unbelastete Hochschullehrer des Universitätsbereichs Medizin der Universität Leipzig über die Medien erfahren, daß im Freistaat Sachsen alle Lehrstuhlinhaber abberufen und die Lehrstühle neu ausgeschrieben werden sollen.

Unabhängig davon, daß die Modalitäten völlig unbekannt sind, möchten wir, bevor der sächsische Landtag darüber befindet, unsere Position einbringen.

Wir betrachten es als unvermeidbar und als Ausdruck der totalen Sachinkompetenz, wenn alle Hochschullehrer in einen

Topf geworfen werden. Hochschullehrer, die auch in den vergangenen 40 Jahren versucht haben, wissenschaftliche Kriterien durchzusetzen, sich nicht bereit fanden, zur Unterstützung der eigenen Karriere in die Partei einzutreten oder für das MfS zu arbeiten, sondern vielmehr bemüht waren, auch parteilose Mitarbeiter zu fördern, können nicht denen zugeordnet werden, die nach dem Motto handeln „die Partei hat immer Recht“. Dies trifft auch für diejenigen zu, die sich seit einem Jahr für die demokratische Erneuerung einsetzen und sich allen Diskussionen stellen.

Deshalb treten wir für eine rechtsstaatliche Regelung ein und erwarten von einem sächsischen Hochschulneuerungs-gesetz exakt festgelegte Bewertungskriterien, die persönliche Integrität und fachliche Kompetenz zur Grundlage einer Überprüfung erheben.

In einer solchen Regelung sehen wir den besten Weg, innerhalb der gebotenen Kürze die dringend notwendige Erneuerung unserer Universität zu vollziehen.

(Siehe bitte dazu auch UZ/24, Seite 3.)

Tübinger Gast

(UZ-Korr.) Kürzlich weilte als Gast des Lehr- und Forschungsbereichs Nordafrika/Nahost an der Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften der Universität Leipzig Prof. Dr. Josef Van Ess vom Orientalischen Seminar der Eberhard-Karls-Universität Tübingen in Leipzig und hielt stark beachtete Vorträge, in denen er auf Grund tiefergehender historisch-kritischer Analysen arabisch-islamischer Texte Themen wie den Anthropomorphismus und die Rolle des islamischen Felsendoms im frühen Islam behandelte. Als international bekannter Erforscher der islamischen Theologie bereitet Prof. Van Ess gegenwärtig ein sechsbändiges Werk über „Theologie und Gesellschaft im 2. und 3. Jahrhundert Hidschra. Eine Geschichte des religiösen Denkens im frühen Islam“ vor, dessen erster Band gerade bei W. de Gruyter in Berlin und New York erschienen ist und das das Standardwerk für diese geistesgeschichtlich entscheidende Periode des Islams zu werden verspricht. Da die letzten beiden Bände deutsche Übersetzungen grundlegender Texte enthalten werden, wird es auch nicht-islamwissenschaftliche Interessenten, insbesondere Religionshistorikern und Theologen, einen Zugang zu dieser Materie erlauben.

HUB-Genugtuung

(ND/Idpa) Teilweise rechtswidrig ist nach einer Entscheidung des Berliner Oberlandesgerichts die Abwicklung von Fachbereichen der Ost-Berliner Humboldt-Universität. Der im Eilverfahren gefällte Beschluß besagt, daß die Fachbereiche Geschichte, Erziehungswissenschaften, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie das Institut für Philosophie zunächst vom Berliner Senat nicht aufgelöst werden dürfen. Bis zur Entscheidung der Hauptverhandlung müssen die Einrichtungen in jedem Fall fortgeführt werden. Die Abwicklung von Teilbereichen der Universität, so das Gericht, sei nur zulässig, wenn diese wirklich aufgelöst und nicht bloß umstrukturiert würden. Die Universität nahm den Gerichtsentscheid mit Genugtuung auf, heißt es in einer Presseerklärung von Rektor Prof. Dr. Heinrich Fink. Damit sei durch die Richter die von der Universität von Anfang an aus rechtlichen wie tatsächlichen Gründen eingenommene Haltung bestätigt worden.

Gastspiel an Oper

(PM) Die Oper Leipzig wird zu Spielzeitschluß der Saison 1990/91 nochmals mit einem künstlerischen Highlight aufwarten. Zu einem einmaligen Gastspiel konnte Prof. Udo Zimmermann, Intendant der Oper, das polnische Pantomimentheater Wrocław gewinnen. Diese weltberühmte Truppe wird am 26. Juni zum ersten Mal in Leipzig gastieren. Es stellt die bereits auf verschiedenen westeuropäischen Tourneen gefeierte Produktion einer pantomimischen Version von „Carnio und Celinde“ nach dem gleichnamigen Trauerspiel des schlesischen Barockdichters Andreas Gryphius vor. Das Leipziger Opernhaus sowie die Gäste aus Polen werden mit diesem deutlich auf Kunst und Kultur Osteuropas orientierten Akzent ein erstes Zeichen nach der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschafts- und Grenzvertrages setzen.

UZettel

Schon der alte J. M. Keynes erklärte, daß die einfache Erhöhung der Geldmenge für einen Aufschwung ebenso wirkungslos ist wie der Versuch dick zu werden, indem man sich lediglich einen längeren Gürtel kauft.

J. JÜNGER

Haut ein Wessi dich übers Ohr, halte ihm noch das andere hin.

G. ZWERENZ

Heflig umstrittene Regelungen zum BAT-O:

Lerne leiden ohne Klagen?

Bonn (UZ) Ab 1. Juli erhalten alle Angestellten des öffentlichen Dienstes 60 Prozent der Beträge nach dem Bundesangestelltentarif (BAT). Trotz dieser Verbesserung riefen die Vereinbarungen des Tarifvertrages vielfach Mißstimmung hervor. Denn die bisherige Dienstzeit wird insbesondere bei Älteren nicht voll anerkannt. Ein Grund dafür liegt darin, daß die Grundvergütung nach Lebenszeitaltersstufen und nicht nach Dienstzeit bemessen wird. Ausschlaggebender ist jedoch, daß bei vorhandenen Angestellten die erstmalige Zuordnung zu einer Lebensalterstufe wie bei einer Neueinstellung nach bundesdeutschem Recht vorgenommen wird. Das bedeutet, daß die unter 31-jährigen die ihrem Alter entsprechende Lebensalterstufe erhalten. Bei den älteren Angestellten wird die Differenz zum 31. Lebensjahr nur zur Hälfte berücksichtigt. Nach dieser ersten Zuordnung erfolgen die weiteren Steigerungen in den Lebensalterstufen alle zwei Jahre, bis Endgrundvergütung erreicht ist.

Das Bundesinnenministerium wies auf Anfrage den mehrfach erhobenen Vorwurf zurück, daß die Gleichstellung mit Neueinstellungen eine Diskriminierung darstelle.

Dies sei vielmehr „folgerichtig“, weil die Betroffenen erstmals in das neue Vergütungssystem nach dem BAT-OST einbezogen werden. Aufgrund der bisher geltenden völlig unterschiedlichen Vergütungssysteme liege hier ein Neuanfang vor, so der Sprecher des Innenministeriums Roland Bachmeier. Die Regelung sei Bachmeier zufolge so ausgestaltet, daß

sich auch die älteren Angestellten im mittleren, häufig auch im oberen Bereich der Lebensalterstufen befinden werden. Hinsichtlich der Höhe der Vergütung sei überdies sichergestellt, daß mindestens die bisherige Vergütung erreicht wird. Angehlich betrage der Verlust, der durch die Neueinstellungs-Regelung entstehe, „nur“ 100 bis 120 Mark.

Für Beamte sei eine vergleichbare Regelung vorgesehen. Der Sprecher wollte die Vermutung eines hohen Beamten seines Ministeriums weder bestätigen noch dementieren, wonach mit dieser Regelung vor allem mögliche Stasi-Zeiten bei Angestellten „ausgeschaltet“ werden sollen. Weil man dies nicht in allen Fällen prüfen könne, so der Beamte im zuständigen Referat, habe dies womöglich dazu geführt, generell zu kürzen.

Die offiziellen Erklärungen werden jedoch längst nicht von allen Mitarbeitern des westdeutschen Ministeriums verstanden. So äußerte ein Beamter sein Unverständnis gegenüber der umstrittenen Regelung. Er könne es nicht verstehen, warum zum Beispiel die Lehrer gegenüber ihren westdeutschen Kollegen bei der Beamtung aufgrund der genannten Vorschrift schlechtergestellt werden.

In Kreisen der Ost-F.D.P. wird übrigens derzeit laut darüber nachgedacht, gegen die Behandlung der Angestellten wie Neueinstellte zu intervenieren. (Siehe auch Seite 2)

ULRICH BRIESE

HIS an Hochschulen der neuen Länder aktiv

(UZ-Korr.) Anlässlich der Vorlage des Jahresberichts 1990 der HIS GmbH wurde in diesen Tagen in Hannover mitgeteilt, daß HIS inzwischen an sämtlichen Hochschulen in den neuen Bundesländern aktiv ist. Ab Anfang 1990 hat HIS, eine Einrichtung des Bundes und der Bundesländer zur Unterstützung von Hochschulverwaltung und Hochschulplanung, seine Aktivitäten auf das Hochschulwesen der neuen Bundesländer ausgedehnt. Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei die Versorgung der Hochschulen in den neuen Ländern mit Verwaltungssoftware: HIS hat inzwischen mehr als 300 seiner Systeme in den neuen Ländern implementiert.

Darüber hinaus hat HIS seine sozialwissenschaftlichen Studienunterstützungen, z. B. die Sozialerhebung und die jährlichen Studienanfängeranalysen, auf das Hochschulwesen der neuen Länder ausgedehnt. Ferner wurde den Hochschulen in der ehemaligen DDR umfangreiche Unterstützung bei baubezogenen Pla-

nungsaufgaben gewährt; für die Universitäten Jena und Magdeburg wurden exemplarisch baubezogene Hochschulentwicklungspläne in Angriff genommen.

Derzeit befinden die HIS-Organen (Aufsichtsrat und Gesellschaftsversammlung) über den Beitritt der neuen Länder in den Kreis der HIS-Gesellschafter. Die bisherigen Verhandlungen lassen erkennen, daß die neuen Länder hohes Interesse haben, HIS-Leistungen auf Dauer in Anspruch nehmen zu können. Voraussetzung dafür ist jedoch die Beteiligung der neuen Länder am Zuwendungsbedarf von HIS. Unabhängig von der Ausdehnung der HIS-Tätigkeit auf das Hochschulwesen der neuen Länder bleibt die Hauptaufgabe der Einrichtung die Versorgung der Hochschulen in den alten Bundesländern, wo wie in den Vorjahren eine weiterhin verstärkte Nachfrage nach HIS-Leistungen festzustellen war.

